

Einleitung

Die Verstaatlichung der Hamburger Universität, eingeleitet durch das schrittweise Inkrafttreten des Hochschulgesetzes, wird unsere soziale Basis in entscheidender Weise verändern. Die Relegationsdrohung von Drexelius - des Mannes, in dem sich die staatliche Gewalt über die Universität bis zur Einsetzung des Präsidenten konzentriert - war der erste Ausdruck der Verstaatlichung. Die Ordinarien haben gegen Ende des letzten Semesters während des aktiven Streiks endgültig bewiesen, daß sie allein nicht in der Lage sind, die Studentenrevolte zu zerschlagen; Ordnung zu schaffen in der Universität wird die erste Aufgabe staatlicher Herrschaft sein. Hierfür stehen künftig 2 Mittel zur Verfügung. Das eine - Anwendung des faschistoiden Ordnungsrechts zur Eliminierung des aktiven Kerns - hat Drexelius bereits angekündigt. Andere Maßnahmen liefern den Schein einer studentischen Mitbestimmung, dadurch soll der verbleibende Teil "gutwilliger Studenten" durch die Institutionalisierung ihrer Interessen in die verstaatlichte Universität integriert werden. Die Konzils-Wahlen werden dafür den Auftakt bilden. Die Durchschlagskraft dieser ordnungspolitischen Maßnahmen ist aber mehr als fraglich. Es scheint, als wäre die Studentenrevolte bereits zu stark, als daß sie durch derartige Maßnahmen zerschlagen werden könne und daß sie in der Lage wäre, die Universität zum Ausgangspunkt sozialrevolutionärer Veränderungen zu machen. Es scheint aber auch, daß die herrschende Klasse gar nicht mehr damit rechnet, die Studentenschaft durch polizeistaatliche Disziplinierungen befrieden zu können, daß sie selber die Universität zerschlagen will, um unter anderem der Studentenrevolte das Wasser abzugraben. Ob wir in der Lage sein werden, auf diese Veränderungen adäquat zu reagieren und den Durchbruch der konterrevolutionären Strategie zu verhindern, das hängt weitgehend davon ab, ob es uns gelingt, die hochschulpolitischen Vorhaben richtig zu erkennen und analytisch fundierte Gegenstrategien zu entwerfen. Ansätze zu einer analytischen Einschätzung sind mit dem SDS-Papier "Wider die Verstaatlichung der Universität. Kritik des Hamburger Hochschulgesetzes" gemacht worden. Dies Papier ging davon aus, daß es sich bei dem Hochschulgesetz (im folgenden HSG) um eine maßgeschneiderte, juristische Fassung für ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis handelt. 1) Dessen Funktions- und Wirkungsmechanismen wurden ausführlich analysiert; der ökonomische Inhalt dieser juristischen Fassung wurde jedoch nicht untersucht. Im folgenden wird versucht, zu einer solchen Analyse beizutragen.

Wissenschaft und Produktion

Das Hochschulgesetz ist Ausdruck der totalen Unterwerfung der Universität unter staatsmonopolistische Herrschaft. Die Unterwerfung der Universität ist aber nur das letzte Glied einer Kette von Maßnahmen, mit denen es die deutschen Monopole in Kooperation mit der Staatsbürokratie verstanden haben, die Produktivkraft Wissenschaft in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Die Universitäten werden reduziert auf die Funktion, a) den wissenschaftlich gebildeten Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und b) in einem gewissen, vorgeschriebenem Ausmaß Forschungsergebnisse zu produzieren.

Diese Kapitalisierung der Universität macht die Beziehung, die die Wissenschaft mit der Sphäre der materiellen Produktion eingeht, nun auch dem letzten Studenten deutlich. Wechselwirkungen zwischen materieller Produktion und Wissenschaft haben aber schon immer stattgefunden. Wissenschaft wird gewonnen aus den in der materiellen Produktion gemachten Erfahrungen, und die materielle Produktion wird in bestimmter Weise von dem Niveau wissenschaftlicher Forschung beeinflußt. Die Beziehung zwischen beiden hat aber jetzt eine Stufe erreicht, auf der sie auch in der bürgerlichen Ideologie nicht mehr ignoriert werden kann. "Wissenschaftliche Forschung ist heute wesentliche Grundlage für das Fortbestehen menschlicher Zivilisation überhaupt.", heißt es im 2. Bundesforschungsbericht. "Dem Forschungspersonal kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Das in ihm verkörperte Potential ("Bildungskapital") ist einer der begrenzenden Faktoren des Wirtschaftswachstums. Wenn in den meisten Ländern die Forschungs-

kosten - und parallel dazu auch die Ausbildungskosten - ansteigen, dann vor allem deshalb, weil man darin sowohl einzel- wie gesamtwirtschaftlich die beste Möglichkeit zur Steigerung der Erträge sieht." 2)

Hier wird explizit ausgesprochen, daß der Bereich der Forschung und Ausbildung völlig den kapitalistischen Profit-Mechanismen unterworfen wird. Die in dem gleichen Bericht ausführlich beschriebene Verstaatlichung dieser Bereiche macht zugleich deutlich, daß die Wissenschaftspolitischen Erfordernisse den privatmonopolistischen Rahmen sprengen und diese nur noch durch den ideellen Gesamtkapitalisten Staat realisiert werden können. Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft erfordert objektiv eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Basis. Wie sich aber gerade in der BRD in den letzten 15-Jahren gezeigt hat, ist dies ohne weiteres durch reaktionäre Anpassung der anachronistisch gewordenen Produktionsverhältnisse an die sich revolutionierenden Produktivkräfte möglich.

WISSENSCHAFT IM KAPITALISMUS

Der Kapitalismus selbst war es, der das unmittelbare Eindringen der Wissenschaft in die Sphäre der materiellen Produktion bewirkte. Er hat die Produktion von ihren feudalen Fesseln befreit, er hat die unabhängig voneinander produzierenden Handwerksge-sellen in kooperativ arbeitende Lohnarbeiter verwandelt. Diese Vergesellschaftung der Arbeit ermöglichte das Eindringen der Maschine in die Produktion. Die Maschine selbst ist zunehmend das Produkt wissenschaftlicher Erforschung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. "Die natur baut keine maschinen, keine lokomotiven, eisenbahnen, electric telegraphs, self-acting mules etc., sie sind produkte der menschlichen industrie, natürliches material, verwandelt in organe des menschlichen willens über die natur oder seiner betätigung in der natur. sie sind von der menschlichen hand geschaffenen organe des menschlichen hirms, vergegenständlichte wissenskraft. die entwicklung des capital fix zeigt an, bis zu welchen grade das allgemeine menschliche wissen, knowledge, zur unmittelbaren produktivkraft geworden ist und daher die bedingungen des gesellschaftlichen lebensprozesses selbst unter die kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgestaltet worden sind." 3 die einföhrung der maschinerieproduzierte gleichzeitig den neuen typ des wissenschaftlich gebildeten lohnarbeiters, der, zunächst unbedeutend, neben den unausgebildeten arbeiter tritt und mit der verwissenschaftlichung der produktion eine immer bedeutendere funktion erhält.

neben diese hauptklassen (gemeint sind die der manuell tätigen fabrikarbeiter, d. verf.) trifft ein numerisch unbedeutendes personal, das mit der kontrolle der gesamten maschinerie und ihrer beständigen reperatur beschäftigt, wie ingenieure, schreiner usw. es ist eine höhere, teils wissenschaftlich gebildete, teils handwerkliche arbeiterklasse, außerhalb des kreises der fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert." 4 der so beschriebene wissenschaftliche arbeiter ist unmittelbar teil des produktiven gesellschaftlichen gesamtarbeiters und deshalb den gleichen ausbeutungsbedingungen unterworfen.

der kapitalist hat ein interesse an der verwertung wissenschaftlicher ergebnisse und deren technischer anwendung, da sie die produktivkraft der arbeit erhöhen und ihm so extra-profite ermöglichen. er eignet sich so die ergebnisse wissenschaftlicher arbeit an. die produktivkraft wissenschaft erscheint als selbstständige produktionspotenz des kapitals. da die bourgeoisie im gegensatz zu allen früheren klassen nicht existieren kann, ohne die produktionsweise fortwährend zu revolutionieren 5, ist sie an der bereitstellung von wissenschaftlichen ergebnissen ständig interessiert. wissenschaftliche forschung aber ist mit - immer größer werdenden - kosten verbunden. wenn das kapital auch an den aus wissenschaftlichen ergebnissen entspringenden extra-profiten interessiert ist, so ist es doch nicht bereit bzw. in der lage, die für die forschung notwendigen kosten aufzubringen. denn, da wissenschaftliche ergebnisse ihrem wesen nach immaterieller natur und von daher in der anwendung unbeschränkt sind, sind sie in gleicher weise vom konkurrenten verwertbar. ihre produktion verschafft dem einzelnen kapitalisten auf diese weise keinen vorteil. der kapitalismus der freien konkurrenz ist nicht in der lage, forschung und entwicklung durchzuführen. hier wird bereits das eingreifen des staates erforderlich, der mit dem patent eine form der kapitalisti-

schen verwertung wirtschaftlich nutzbarer technischer ideen fand 6 .

die patentgesetzgebung in deutschland 1877 ermöglichte eine industrielle zweckforschung, die bald darauf sehr umfangreich in den bereits monopolisierten sphären - insbesondere chemie - einsetzte. die umfangreiche zweckforschung in der teerfarbenindustrie und der indigoproduktion führte dazu, daß der i. g. farbenkonzern vor dem 1. weltkrieg eine monopolstellung auf dem weltmarkt erlangen konnte. die konzernforschung erwies sich so als wichtiger hebel zur monopolisierung.

aber auch so waren die monopolie nicht in der lage, die erfordernisse zur weiterentwicklung der von ihnen verwerteten wissenschaft zu erfüllen. zu ihrem nutzen mußte der staat 2 weitere aufgaben übernehmen:

1. die finanzierung der nicht unmittelbar verwertbaren grundlagenforschung, die gleichwohl voraussetzung für eine effektive zweckforschung ist. dies geschah durch gründung staatlich finanzierter und von monopolvertretern verwalteter forschungseinrichtungen, kaiser-wilhelm-gesellschaft, gegründet 1911, heute max-planck-gesellschaft.

2. zur ausbildung der wissenschaftlichen kader mußte der staat technische hochschulen bereitstellen, die seit er mitte des vorigen jahrhunderts gegründet wurden.

bereits hier ist die notwendigkeit staatsmonopolistischer ergänzung der konzern-eigenen forschung deutlich. seit dem einsetzen der wissenschaftlich-technischen revolution hat sie jedoch eine ganz neue stufe erreicht. diese neue stufe wurde eingeleitet durch das amerikanische manhattan-projekt zum bau der atombombe, welches aus politischen motiven initiiert wurde und die potenzen privater unternehmen bei weitem überstieg. dieses projekt verschaffte der amerikanischen industrie eine lange zeit durchgehaltene monopolstellung auf dem nuklearsektor.

die schwerpunktprogramme im staatsmonopolistischen kapitalismus der brd

der durchbruch zur projektforschung erfolgte in der brd in den jahren 1955-1957. er erfolgte gleichzeitig mit dem übergang zum kapitalintensiven wirtschaftswachstum und der entscheidung zum aufbau einer hochwertigen, eventuell mit nuklearwaffen ausgerüsteten bundeswehr. 7

dieser durchbruch ist gekennzeichnet durch die etablierung des atom-ministeriums 1955 unter strauß und der einrichtung der schwerpunktprogramme atomforschung und verteidigungsforschung 1955 .

den ersten schwerpunktprogrammen folgten bald weitere.

das schwerpunktprogramm weltraumforschung 1962

das schwerpunktprogramm datenverarbeitung 1967

das schwerpunktprogramm ozeanographie 1969

parallel dazu läuft das schwerpunktprogramm allgemeine wissenschaftsförderung, dessen aufwendungen aber immer mehr abnehmen und das unter die funktionen der fünf anderen zu subsumieren ist. es war von anfang deutlich, daß alle diese schwerpunktprogramme wissenschaftsimperialistischen intentionen unterworfen waren. sie treiben entweder militärisch relevante forschung oder dienen dem ausbau des staatlichen exekutivapparats.

- dem schwerpunktprogramm atomforschung kann es die deutsche politik verdanken, wenn sie 1970 über eine menge an plutonium verfügt, mit dem sie 15 a-bomben vom hiroschima typ bauen kann.

- der aufbau der weltraumfahrt mit seinen enormen materiellen und personellen anforderungen war nur durch das militärische interesse und nur über die militärischen haushalte möglich. heißt es im bundesforschungsbericht 1. 8

- das schwerpunktprogramm datenverarbeitung soll folgenden projekten dienen:
a) speichern und wiederauffinden von informationen (presse und informationsamt der bundesregierung)

b) integriertes datenverarbeitungssystem (bundespatentamt)

c) zusammenarbeit mehrerer datenbanken (kriminal-datenbanknetz)

d) maschinelle literaturdokumentation (dokumentationszentrale der bundeswehr)
 e) linguistische datenbank (sprachamt der bundeswehr) 9

- das neugegründete schwerpunktprogramm ozeanographie betreibt eindeutig reine militärforschung. das geht daraus hervor, daß in der kommission für ozeanographie das bundesverteidigungsministerium vertreten ist. dem schwerpunktprogramm gehören ein bundeswehrinstitut und das institut für maritime meteorologie der frauenhofergesellschaft an der uni hamurg, wo reine militärforschung betrieben wird, an. 10

während die ausgaben der länder verhältnismäßig wenig und gleichmäßig für forschung und lehre anstiegen, ist ein steiler anstieg der bundesausgaben für die projektforschung seit 1956 festzustellen. 11

die schwerpunktprogramme der brd sind die deutsche form der modernen projektforschung. beim erreichten wissenschaftlich-technischen niveau ist die projektforschung für einen staat die einzige möglichkeit, das internationale wissenschaftliche-technische niveau zu halten und auf diesem gebiet relevante fortschritte zu machen. die brd ist nicht mehr in der lage, auf allen wissenschaftlichen gebieten dieses niveau zu halten. die konzentration auf gewisse gebiete ermöglicht es ihr aber, auf diesen gebieten selbst dem amerikanischen imperialismus gewachsen zu sein. dies ist etwa auf dem gebiet der kernkraft-reaktoren der fall. es gelang der deutschen industrie, beim verkauf eines reaktors an argentinien die amerikanische konkurrenz zu schlagen.

die deutsche großforschung wird weitgehend staatlich finanziert. sie umfaßt langfristige forschungsprojekte, die erst in der letzten stufe zu wirtschaftliche verwertbaren ergebnissen führen. diese werden dann durch lizenzabkommen den konzernen zugänglich gemacht, die bereits an der entwicklung beteiligt waren und dabei erfahrungen sammeln konnten. so wird eine umverteilung des nationaleinkommens zu gunsten der konzerne unter der bezeichnung staatliche wissenschaftsförderung erreicht. die schwerpunktprogramme werden geleitet von planungszellen, an denen konzernvertreter und staatsbürokraten beteiligt sind. etwa atomkommission, kommission für weltraumforschung, kommission für ozeanographie. die zentrale koordinierung erfolgt über das 1962 gegründete bundesministerium für wissenschaftliche forschung. für die schwerpunkte werden langfristige finanzierungsprogramme aufgestellt.

die großforschung bringt das staatsmonopol als herrschendes produktionsverhältnis in der forschung hervor. einmal entstanden, durchdringt das staatsmonopol als herrschendes produktionsverhältnis ... alle gesellschaftlichen bereiche. 12

universität und bourgeoisie

die traditionelle struktur der hochschulen, wie sie seit der humboldtschen gründung der universität berlin im jahre 1810 entstand, ist teilweise bereits in der weimarer republik zerfallen. spätestens seit dem 2. weltkrieg geht die humboldtsche universität in der brd ihrer auflösung entgegen. die humboldtsche universität war gekennzeichnet durch die einheit von lehre und forschung und der autonomier der wissenschaft gegenüber dem feudal-bürgerlichen staat. bereits damals aber beschränkte sich die autonomie der universität auf privilegien der ordinarien, und diese mußten ihre theoretische freiheit damit bezahlen, daß sie ihre vernunft hinderten, die praktische befreiung zu betreiben. 13

die privilegierte stellung der ordinarien und ihre verfügungsgewalt über die universitären forschungseinrichtungen war die voraussetzung dafür, daß sich die bourgeoisie die universitäre forschung seit der weimarer republik unterordnen konnte. der bürgerliche staat stellt seinen universitäten nur soviel finanzielle mittel zur verfügung, daß die ordinarien an ihren instituten gerade nicht in der lage sind, forschung zu betreiben. die, an forschungen interessierten industriellen stellen den hilfesuchenden wissenschaftlern dafür gern finanzielle mittel zur verfügung, mit denen die ordinarien dann ihre forschung betreiben können. allerdings haben diese sich dann an den wünschen ihrer freunde und förderer zu orientieren. der bourgeoisie ist es so zwischen 1919 und 1933 sowie seit 1948

gelingen, die universitären institute in industrielle reservkapazitäten für forschung zu verwandeln. dem stifterverband, der zentralen koordinationsstelle der industrie zur unterwerfung der universitäten gelang es so, die 1918 gegründete notgemeinschaft der deutschen wissenschaft und ihren nachfolger von 1949, der 1951 in die deutsche forschungsgemeinschaft dfg übergang, völlig zu unterwerfen. die universitären institute wurden an den bedürfnissen der industrie ausgerichtet und völlig von ihnen abhängig gemacht. die ordinarien wurden zu parasitären oberoffizieren der wissenschaftlichen produktion, ständig auf der suche nach forschungsaufträgen, kaum noch selber zu wissenschaftlicher forschung und noch weniger zu lehrstätigkeit in der lage. die einseitige ausrichtung der universitäten an den unmittelbaren bedürfnissen des kapitalis führte bis etwa 1957 zur zerstörung der alma mater. diese stand aber im widerspruch zu den langfristigen wissenschaftspolitischen interessen des kapitalis. eine breite grundlagenforschung, langfristig notwendige voraussetzung einer effektiven zweckforschung, wurde vernachlässigt. die in industriellen verbänden umherreisenden oder in der villa hügel in essen tagenden großordinarien konnten die notwendige nicht leisten. die universitäten schienen nicht in der lage, den insbesondere seit 1957 anwachsenden studenten-berg auszubilden. das kapital aber benötigte eine große zahl wissenschaftlich qualifizierter kader, um die neuen forschungsintensiven investitionen realisieren zu können. die staatsmonopolistische großforschung drohte langfristig an einem mangel an wissenschaftlich qualifiziertem kadernachwuchs auszutrocknen. 1

einleitende maßnahmen zur planifikation des hochschulwesens

seit 1957 setzten massiv diskussionen über die staatliche reorganisation des hochschulwesens ein. die parallel zur forcierung der schwerpunktprogramme verlief. die gründung des gesprächskreises wissenschaft und wirtschaft gkw und wenig später des wissenschaftsrats, der bald vom vorher genannten kontrolliert werden sollte, bildeten die einleitung zur vorbereitung der staatsmonopolistischen planifikation des ausbildungssektors. dabei mußten staat und industrie sehr vorsichtig zu werke gehen, um zu verhindern, daß abermals eine professorale opposition entsteht, wie es 1948 in form der gründung des deutschen forschungsrats geschehen war. diese vereinigung bürgerlich-liberaler professoren hatte damals nur mühsam in die dfg integriert werden können. zu beginn der 60er jahre als sich bereits die anti-kapitalistische studentenbewegung ankündigte, wäre eine ordinarienopposition eine bedrohliche gefahr gewesen. so ging man denn erst einmal daran, die clique der großordinarien zu sammeln, die sich in der auftragsforschung oder in den sog. akademischen selbstverwaltungsgremien hervor getan hatten, und in die villa hügel, dem sitz des stifterverbands, einzuladen, um dort nach sekfrühstücken zu einer "vertiefung der zusammenarbeit zwischen industrie, handel, wissenschaft und technik zu gelangen". 14 hier fanden seit 1957 regelmäßig gespräche zwischen professoren und industriellen im rahmen des gesprächskreises wissenschaft und wirtschaft statt. der wissenschaftsrat, dessen organisation so zurechtgemacht war, daß seine professoralen mitglieder keine dem staatsmonopolistischen machtkartell zuwiderlaufende politik machen konnten, legte seine ersten empfehlungen nach 3 jahren, 1960, vor. allerdings passierte 1959 ein faux pas. dr. karl friedrich scheidemann, ministerialrat im bundesinnenministerium, legte in einem individuellen akt eine studie zur überfüllung der hochschulen vor. sein fehler war es, die strukturveränderungen, die später vom wissenschaftsrat und der rektorenkonferenz vorgeschlagen wurden, zu früh und zu offen zu formulieren. seine vorstellungen gingen dahin, die hochschulen durch "ausgliederung von besonderen fachhochschulen" zu entlasten. als sofortmaßnahme zur lösung der hochschulprobleme schlug er vor, "25 prozent der studenten nach einem strengen begabungs- und leistungsmaßstab herauszuprüfen", damit für die "wirklichen" studenten platz geschaffen wird. 15 die scheidemannschen vorstellungen provozierten einen weiten öffentlichen protest, man ließ sich das eine lehrre sein, distanzierte sich von scheidemann und ging künftig vorsichtiger vor.

das erste gutachten des wissenschaftsrats trug denn auch deutlich kompromißlerische züge. in langatmigen, an die tradition der humboldtschen universität anknüpfenden ausführungen wand man sich "gegen eine trennung von lehrre und forschung. beide würden dabei

VI

schweren schaden erleiden.¹⁶ diese ausführungen, im kontext der anderen ausführungen der empfehlungen, hätten aber bereits 1960 den verdacht erwecken können, daß diese einheit langfristig nicht für alle studenten aufrechterhalten werden sollte. man beschränkte sich darauf, den anwachsenden studentenberg durch verstärkung des universitären mittelbaus aufzufangen. an neuen planstellen wurden 1214 neue lehrstühle, 2740 stellen des mittelbaus und 5320 stellen für oberassistenten und wiss. assistenten gefördert. 17

in diesen empfehlungen wird ferner die verankerung der staatlichen schwerpunktprogramme an den hochschulen initiiert. dies soll durch die schwerpunktmäßige förderung einzelner lehrstühle und die etablierung spezieller sondergebiete an den einzelnen universitäten erfolgen. die zukünftige form der verankerung der schwerpunktprogramme wird auch hier bereits antizipiert. sie erfolgt¹⁸ durch die bildung kleiner forschungsgruppen nach dem vorbild der in england mit erfolg arbeitenden units. diese dienen insbesondere solchen forschungsaufgaben, die über den rahmen eines faches, gelegentlich einer fakultät hinausgehen.¹⁸

als zentrales koordinationsorgan für diese units wird das staatsmonopolistische wissenschaftsorgan dfg vorgeschlagen. hier also wird bereits deutlich, daß es bei den units darum geht, voraussetzungen für eine systematische, zentralisierte lenkung der universitären forschung zu schaffen. 19

auf diese einrichtungen wird aber in den ersten empfehlungen nur mit sehr großer vorsicht hingewiesen. hier ist noch nicht von rigider staatlicher planifikation und der zwangsweisen verkürzung des studiums oder der disziplinierung der studenten die rede. es handelt sich höchstens um die andeutung künftiger entwicklungen und kann als solche auch nur im nachhinein interpretiert werden.

1960 deuten sich also 2 komplexe an, die für die folgenden jahre zentrale gegenstände planifikatorischer bemühungen wurden.

1. die verankerung der schwerpunkte in den hochschulen. hierfür werden forschungsunits angeboten, die eine zentrale steuerung ermöglichen.
2. die bewältigung des studentenproblems. hierfür hat der wissenschaftsrat eigentlich kaum vorstellungen, er schlägt lediglich den ausbau des mittelbaus und die vereinheitlichung von ingenieur- und universitätsausbildung vor.

erste versuche zur bewältigung der bildungsexplosion

dies problem wurde im grunde auch wirklich dringend erst seit august 1961. damals wurde nämlich der zustrom qualifizierter arbeiter, studenten und akkademiker aus der ddr, der bis dahin immer wieder von den deutschen geheimdiensten forciert worden war 20, schlagartig abgebrochen. erst seitdem sind die deutschen universitäten allein für die bereitstellung entsprechender kader verantwortlich.

das masseproblem an den universitäten wurde für das bundesrepublikanische machtkarriell zunehmend problematischer. seit etwa 1957, nachdem der durchbruch der deutschen projektforschung vollzogen war, und nach dem sputnik-schock das schlagwort vom kalten krieg der hörsäle aufgekommen war 21, hatte eine massive bildungskampagne eingesetzt. eine mobilisierung von bildungsreserven, vor allem auch aus den bis dahin völlig brachliegenden mittelschichten, hatte eingesetzt. die daraufhin einsetzende bildungsexplosion drohte die hochschulen zu überrollen. die entwicklung ddr studentenzahlen wurde keinesfalls von einem nur etwa gleichwertigen ausbau der unis oder einer erhöhung des lehrpersonals begleitet. in den überfüllten hörsälen, in die nun auch langsam kinder aus den mittelschichten eindrangen, lag für die herrschende klasse ein gefährliches potential. war eine erhöhung der hochschulabsolventen auf der einen seite eine notwendige bedingung, um die gefügigten forschungsinvestitionen realisieren zu können, so drohten auf der anderen seite die verproletarisierenden studenten träger oppositioneller bewegungen zu werden. die gefahr, daß zu der objektiven proletarisierung der studenten subjektive momente hinzukämen - nämlich die einsicht in die emanzipativen möglichkeiten der betriebenen wissenschaften und ihre wirkliche destruktive anwendung - und daß das resultat eine antikapitalistische studentenbewegung würde, war nicht unbeträchtlich. sie konnte durch sozialpolitische maßnahmen a la honnefer modell, düsseldorfer wohn-

heimplan, politische erziehung usw. nur mühsam abgewendet werden. alle diese sozialpolitischen maßnahmen gelten denn auch heute als gescheitert.

der versuch, das problem über studienzeitreglementierungen zu lösen, wurde durch diskussionen begonnen, die seit 1963 an den entscheidenden stellen kontinuierlich geführt wurden. dr. hans dichgans, mitglied des gkww, der cdu und mdb, geschäftsführendes mitglied der wirtschaftsvereinigung eisen- und stahlindustrie ist für die bald darauf aufgestellten kompressionsmodelle die entscheidende figur gewesen. er eröffnete die diskussion mit einer denkschrift, die er dem gkww 1963 vorlegte und die dieser zur grund lage seiner 18. empfehlung vom oktober 1963 machte.²² ausgangspunkt für seine denkschrift war die annahme, daß die sich dauernd verlängernden studienzeiten hauptursache für die überfüllung der hochschule seien. diese überlangen studienzeiten würden ferner nachteile für die auswahl der begabten kader mit sich bringen. sie würden aktive junge leute abschrecken, da sich "dieser menschentypus am wenigsten damit befreunden könne, bis zum 30 geburtstag im stande eines lehrlings zu verbringen!"²³ dagegen würden schwache leute überlange studienzeiten gern in kauf nehmen. "es sind qualitätsüberlegungen, die eine verkürzung der ausbildung erfordern!"²⁴ eine verkürzung der studienzeiten wird von dichgans als die entscheidende aufgabe angesehen, in den folgenden jahren verfolgt der dieses ziel in allen möglichen gremien mit unermüdlichem eifer. der gkww zieht 1964 aus den überlegungen seines eifrigsten mitglieds die konsequenzen. er fordert, die schulzeit bis zum abitur auf 12, die studiendauer auf 4 jahre zu begrenzen. das studium soll ein echtes leistungstudium sein. es sollte durch zwischenprüfungen einer entsprechenden selbstkontrolle und qualitätsauslese unterworfen sein!²⁵ "die große bedeutung, die den ingenieurschulen zukommt," wird nochmals besonders herausgestellt. schließlich wird die gründung einer zentralen vermittlungsstelle vorgeschlagen, die die zulassung für die überfüllten fächer regulieren soll. ²⁶ die empfehlungen enthalten also bereits planifikatorische elemente für die regelung der studentenzahlen.

mit dieser unterstützung des gkww gelang es bald, die dichgansschen vorstellungen in den entscheidenden wissenschaftspolitischen gremien durchzusetzen. am 28. juli beschlossen philosophischer und mathematische fakultätentag die einföhrung von zwischenprüfungen, denen die rektorenkonferenz zustimmte. wenig später schlug die gleiche konferenz die generelle einföhrung von befristeter immatrikulation resp. zwangsexmatrikulation bei überschreitung der vorgeschriebenen studiendauer vor. ²⁷

diese staatliche reglementierung des studiums kündigte bereits deutlich die technokratische gleichschaltung der universitäten an.

mit diesen empfehlungen war nun die richtung festgelegt, in der man die lösung der bildungskriseverfolgen wollte. man einigte sich darauf, daß es nicht um "eine studienreform, sondern um eine studentenreform"²⁸ ginge. das übel bestand also nicht in der überkommenen hierarchischen struktur des lehrkörpers, in der industriellen auftragsforschung, in den zu geringen staatlichen unterstützungen, sondern vielmehr darin, daß die studenten in den universitäten zuviel zeit vergammelten. die universität gab ihnen "zu wenig anleitungen", das studium war zu wenig an den erfodernissen ihres späteren berufs orientiert. dpeer, der damalige präsident der rektorenkonferenz, meinte, die studenten selbst wären froh, wenn man ihnen ein wenig "orientierungshilfen in die hand gäbe!"²⁹

empfehlungen des wissenschaftsrats zur kompression des studiums

so gut vorbereitet, konnte die staatliche realisierung des kompressionsmodells nicht mehr schief gehen. dichgans verschaffte sich noch rückhalt bei der kulturdebatte des bundestags vom 4. märz 1964 und bei der tagung des hochschulverbandes vom april 1964, der entscheidende durchbruch dieser vorstellungen erfolgte durch die verabschiedung der "empfehlungen des wissenschaftsrats zur neuordnung des studiums an den wissenschaftlichen hochschulen. war der wr 1960 etwa noch gezwungen, die zukünftige entwicklung des hochschulwesens nur vage anzudeuten, so brauchten die konzernvertreter jetzt kein blatt mehr vor den mund zu nehmen.

der umstand, daß es sich bei diesen empfehlungen um einen dünnen organisationsplan handelt, sollte niemand über ihre normative kraft täuschen. die normierungskompetenz hat der da-

malige vorsitzende des wr, ludwig räiser, folgendermaßen umschrieben 30:
 "der wissenschaftsrat hat sich in der zwischenzeit... eine von denhochschulen selbst, von den verwaltungen und parlamenten nie mehr umstrittene autorität verschafft, die folge ist, daß seine empfehlungen eher zu genau als zu wenig beachtet wurden." 31

was in den empfehlungen von 1966 in wenigen worten angegeben wurde, wurde in der folgenden zeit durch rigide staatliche zwangsmaßnahmen durchgesetzt. so sprach sich die ständige konferenz der kultusminister am 23. september dafür aus, "die empfehlungen des wr zu befolgen (!) und so rasch wie möglich ihre verwirklichung in angriff zu nehmen!" 32

in anwendung der modelle dī chgans schlug der wr in den genannten empfehlungen vor:
 a die gliederung des studiums: das studium für alle studenten, das mit einer die berufsfähigkeit bestätigenden prüfung abschließt, ein aufbaustudium für die studenten, die an der forschung interessiert und für sie befähigt sind (wie aus anderen empfehlungen des wr hervorgeht, werden das 25 prozent sein 33), ein kontaktstudium, das als angebot an die im beruf stehenden absolventen der wiss. hochschulen diesen die möglichkeit geben soll, ihre wiss. ausbildung in gewissen zeitabständen aufzufrischen und entsprechend dem stand der forschung zu ergänzen! 34

für die erste phase des grundstudiums soll ein verzeichnis obligatorischer lehrveranstaltungen existieren. danach soll eine zwischenprüfung stattfinden. die zwischenprüfung hat den zweck, "die für das gewählte fachstudium ungeeigneten studenten rechtzeitig auf andere bahnen zu lenken." 35 der student wird während des studiums unter einem immensen leistungsdruck stehen. das studium soll "intensiv", "straff geführt", und "zügig" verlaufen 36.

obwohl in diesen empfehlungen noch darauf verwiesen wird, daß die einheit von lehre und forschung auf keinen fall aufgehoben werden dürfe 37 geht aus den folgenden bemerkungen eindeutig hervor, daß es für die 75 prozent normalstudenten, die nur ein grundstudium absolvieren, so etwas wie forschung wohl nicht mehr geben würde.

"im einzelnen soll erreicht werden, daß der student sich das von seinem fach erforderte und für seinen beruf notwendige wissen aneignet, sich mit den wissenschaftlichen arbeitsmethoden seines fachs vertraut macht, im umgang mit wissenschaft erfährt, was wissenschaftliche erkenntnis ist! 38 "nur selber praktizieren soll er wissenschaft und erkenntnis nicht! 39

ebenfalls zu der einschätzung, daß die einheit von lehre und forschung zumindest für das grundstudium aufgehoben ist, kommen die herausgeber des bereits mehrfach zitierten buchs "wissenschaft im klassenkampf";

es soll lediglich die methodik ingenieurwissenschaftlicher arbeitsweise erlernt werden. eine beteiligung an der forschung ist im grundstudium nicht vorgesehen! 40

dī es offen auszusprechen hat der wr bis heute nicht gewagt. bei internen verlautbarungen gilt dies aber als beschlossene sache.

für die 25 prozent von studenten, die während des grundstudiums dem immensen anpassungsdruck standgehalten haben und sich als besonders anpassungsfähig erwiesen haben, wird eine teilnahme an der forschung sichergestellt. die vielgerühmte freiheit der wissenschaft beginnt - laut einer zeitungsnatiz der welt - "erst später und nur für die studenten, von denen man erwarten kann, daß sie den rechten gebrauch von ihrer freiheit machen werden!" rechter gebrauch der freiheit der wissenschaft - das heißt in der springerschen aprache die herrschende, destruktive anwendung von wissenschaft, bis zur militärischen auftragforschung und entwicklung von abc-waffen, eine anwendung, die die emanzipativen kräfte, die in der wissenschaft schlummern, kaum ahnen läßt. nur die studenten, die diese herrschende verwertung der wissenschaft bereits verinnerlicht haben, dürfen künftig an der forschung teilhaben. bei den anderen ist die gefahr zu groß, daß sie die emanzipativen möglichkeiten ihrer wissenschaft zum hebel sozialrevolutionärer umwälzungen machen. man befürchtet, daß die menschen, wenn sie ihre fähigkeiten zu weit entfalten konnten, sich nicht mehr einer begrenzten aufgabe und der industriellen hierarchie unterwerfen. deshalb hat man sie von vornherein verstümmeln wollen, man wünscht, daß sie kompetent, aber beschränkt sind, aktiv, aber folgsam, intelligent, aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare funktion hinausgeht, unfähig, den blick von ihrer aufgabe abzuwenden. kurz, man wünscht spezialisten. in ihrer ausbildung wird alles ignoriert, und aus ihrer umgebung alles entfernt, was sie dazu befähigen könnte, außerhalb ihrer arbeit ihre verwirklichung ihrer selbst zu suchen, die ihnen in ihrer arbeit

versagt wird. 42

genau diese ausbildung soll durch die empfehlungen initiiert werden. auf diese weise versucht man seit 1966, die sprengkraft, die in dem immer höher werdenden studentenberg liegt, zu entschärfen und gleichzeitig die benötigte zahl mittlerer manager bereitzustellen.

sonderforschungsbereiche und einsetzende ausbildungsplanifikation

der 1960 vom wr begonnen versuch, die staatlichen forschungsprogramme in den hochschulen zu verankern, wurde 1967 in den "empfehlungen zum ausbau der wiss. einrichtungen bis 1970" fortgesetzt. der widerspruch zwischen der notwendigkeit, die hochschulforschung zugunsten der ausbildungsfunktion einzuschränken und den bedürfnissen nach erhaltung, ausbau und schwerpunktmäßiger konzentration der hochschulforschung soll seitdem über die sonderforschungsbereiche gelöst werden 43. in den sonderforschungsbereichen soll eine konzentration der kräfte, eine förderung der kooperation zwischen den verschiedenen forschern und den verschiedenen forschungseinrichtungen erfolgen.

es geht um die schaffung leistungsfähiger forschungseinheiten in den hochschulen und damit hand in hand um eine verstärkte und zugleich mit einer leistungskontrolle verbundene finanzielle förderung der forschung 44

die konzentration auf einen sonderforschungsbereich "bedeutet zugleich, daß die hochschule, die diesen sonderforschungsbereich gewählt hat, auf einen entsprechend starken ausbau anderer gebiete verzichten muß." 45

die sonderforschungsbereiche haben die aufgabe, die bereits vorhandenen staatlichen schwerpunktprogramme zu ergänzen. die regierung beabsichtigt, wie im 2. forschungsbericht der bundesregierung 1967 heißt, "rasch ein system von sonderforschungsbereichen an wiss. hochschulen zu errichten, das die bereits bestehendenschwerpunktprogramme der dfg und die großen förderungsprogramme des bundes ergänzen soll." 46

zu dieser zeit war also deutlich geworden, daß die intensive konzentration der deutschen forschung auf schwerpunkte eine systematische forschung auf den verwandten gebieten erforderte. um langfristig ein austrocknen der schwerpunktprogramme auf grund fehlender bereitstellung von forschungsergebnissen aus verwandten gebieten zu verhindern, wurde mit den empfehlungen des wissenschaftsrats von 1967 deshalb die errichtung von universitären sonderforschungsbereichen initiiert. diese bereiche wurden über die dfg einer straffen, staatsmonopolistischen lenkung unterworfen. gleichzeitig wurde angekündigt, daß alle anderen formen von hochschulforschung künftig vernachlässigt und langfristig finanziell ausgetrocknet werden sollten. für hamburg wurden 1967 an sonderforschungsbereichen vorgeschlagen:

orientalistik mit besonderer berücksichtigung der geschichte,
meeresforschung,
schiffstechnik und schiffbau. 47

die zunehmende produktivkraftfunktion der wissenschaft ließ die bedeutung der wiss. qualifizierten kader immer mehr ansteigen. während bis etwa 1961 über eine zu geringe zahl von akademikern geklagt wurde und seit 1957 - mit hinweis auf die technological gap und den kalten krieg der hörsäle - eine massive bildungsexplosion hervorgerufen wurde, sah sich das herrschende machtkartell seit anfang der 60er jahre einer zahl von studenten konfrontiert, die kaum noch von den unis verkraftet werden konnten. auch von der industrie war eine solch hohe zahl qualifizierter arbeitskräfte kaum noch zu verwerten. die gesellschaftliche bildungspyramide geriet ins wanken. das bildungsmonopol der obersten schichten drohte sich aufzulösen. die empfehlungen des wissenschaftsrats zeigten die wege zur bewältigung des problems. es ging seitdem darum, "im rahmen der struktur unseres bildungssystems die bildungsexplosion umzulenken." 48 "ich bin der meinung," meinte das

cdu-mdb dr. martin hirsch, "daß die bildungsexplosion nicht gestoppt werden darf. aber sie darf auch nicht einfach auf die spitze unseres bildungssystems gelenkt werden, weil das den universitätsbereich einfach zum einstürzen bringt." 49

das machtkartell mußte jedenfalls bald einsehen, daß es die ware wiss. qualifizierte arbeitskraft nicht einfach den anarchischen marktmechanismen überlassen konnte. es entwickelten sich bald bestrebungen zur staatsmonopolistischen programmierung des ausbildungswesens, insbesondere auch des hochschulwesens. um staatliche eingriffe in die

bildungsentwicklung zu ermöglichen, waren zunächst prognostische bedarfsermittlungen notwendig. "die bildungsökonomie, teil der nationalökonomie, wurde bald zum wichtigsten teil der jüngsten form ökonomischer theorie, der wachstumstheorie." 50 die wohl wichtigste veröffentlichte studie in diesem zusammenhang ist die von hajo riese 1967 im auftrag des wissenschaftsrats erstellte 51. er weist in dieser studie zwar durchaus auf ein - formales - recht auf bildung hin, geht aber bei seinen prognostischen ermittlungen doch davon aus, es sei aufgabe der universität, die gesellschaftspolitischen und ökonomischen forderungen unserer zeit zu erfüllen 52. er kommt von daher zu dem ergebnis, daß die gegenwärtigen studentenzahlen und geringfügige steigerungen in den nächsten jahren ausreichen würden. diese studie wurde weitgehend zur grundlage der folgenden staatlichen planifikationsbemühungen.

eine zentrale regulierung des studentenstroms über zulassungsbeschränkungen war bereits seit der etablierung von zentralen zulassungsstellen möglich. in den empfehlungen des wr von 1967 wird angedeutet, daß dies die funktion eines permanenten regulativs übernehmen könne. vorläufig aber wurde noch auf die "bedeutung von fachhochschulen" nur verwiesen in der folgenden zeit wurden die vorbereitungen zur institutionellen veränderung der hochschulen und die etablierung von sonderforschungsbereichen vorangetrieben. im juli 1968 legte der wr ein verzeichnis für die einrichtung und finanzierung der sonderforschungsbereiche vor. die hier konzipierten sonderforschungsbereiche gelten als integrierte elemente einer gesamtwissenschaftskonzeption und stehen unter intensiver kontrolle der dfg. die in dem gutachten genannten sonderforschungsbereiche durchdringen sämtliche unis und ths. 53 für hamburg sind 9 sonderforschungsbereiche vorgesehen. an der aufstellung dieser bereiche war das monopolkapital in ausreichender weise beteiligt. "die deutsche forschungsgemeinschaft hat sich bereiterklärt, der bitte des wissenschaftsrats zu entsprechen und die beratung des wr bei der auswahl der sonderforschungsbereiche zu übernehmen." 54 die deutsche forschungsgemeinschaft ist über die unmittelbare einflußnahme des stifterverbandes - in dem sich die konzernvertreter ein stelldchein geben - der unmittelbaren kontrolle der monopolie ausgesetzt.

die zerschlagung der alten universitätsstrukturen

die bis 1968 entwickelten vorstellungen zur strukturellen veränderung universitärer lehre und forschung sprengten den rahmen der alten, ordinalen feudalburgen. die alma mater ist nicht der ort, der optimale institutionelle voraussetzungen zu systematischer wissenschaftspolitischer lenkung bietet. die vom wissenschaftsrat bis dahin initiierten veränderungen quantitativer art - insbesondere die verstärkung des mittelbaus - hatten die macht der ordinarien noch nicht gebrochen. sie waren noch in der lage, der staatlichen gleichschaltung der wissenschaft widerstand entgegenzusetzen. die ordinariale universitätsstruktur mit formaler akademischer selbstverwaltung war einer zeit adäquat, in der sich industrielle und wissenschaftler als warenbesitzer gegenübertraten. sobald aber das staatsmonopol, das herrschende wissenschaftliche produktionsverhältnis, war auch eine institutionelle gleichschaltung der universität erforderlich. an die stelle der ordinalen feudalstruktur tritt die bonapartistische präsidial-diktatur. diese strukturellen veränderungen der universitäten, denen wir uns momentan in ihrer juristischen form von universitätsgesetzen konfrontiert sehen, folgen alle den empfehlungen des wr zur struktur und verwaltungsorganisation der hochschulen vom dezember 1968 55. die empfehlungen des wr haben mittlerweile die kraft von verbindlichen anordnungen bekommen. abgesehen vom ordnungsrecht sind in diesen empfehlungen sämtliche strukturellen veränderungen der universitäten, die momentan in form von hochschulgesetzen in den einzelnen ländern durch gesetzt werden, enthalten. besonders deutlich wird dies gerade am hamburgischen hochschulgesetz. die mit diesem gesetz verbundene funktionalisierung der universität und deren wirkungsmechanismen sind bereits ausführlich analysiert worden 56. ein wesentliches moment dieser strukturellen veränderungen ist aber die etablierung von fachbereichen, was in dieser analyse kaum beachtung gefunden hat. diese ist verbunden mit einer aufhebung der universitären gliederung in fakultäten und einer weitgehenden entmachtung der institute. die fachbereiche werden träger der sonderforschungsbereiche sein. die notwendigkeit, bei der immer stärker werdenden konzentration auf bestimmte forschungs-

gebietemehrere institute zusammenzufassen und zu einer kooperation verschieden spezialisierter wissenschaftler zu gelangen, war vom wr bereits 1960 ausgesprochen worden. die einrichtung von fachbereichen schafft die institutionellen voraussetzungen für die etablierung derartiger, zentral gesteuerter wissenschaftsprojekte. die etablierung von fachbereichen wird den ländern durch den staatsvertrag vorgeschrieben, die innere gliederung und struktur der hochschulen sind entsprechend der eigenart und dem umfang der zu bewältigenden aufgaben zu gestalten. dabei sind lehrstühle und institute zu hinreichend großen, funktionsfähigen einheiten zusammenzufassen, denen personell- und sachmittel nach maßgabe der lehr- und forschungsausgaben zur verfügung gestellt werden." (artikel 1, paragraph 1, 2)

vergleicht man die in hamburg lt. hsg konstituierten fachbereiche mit den sonderforschungsbereichen, die auf anordnung des wissenschaftsrats entstanden sind, dann läßt sich leicht abschätzen, in welchen bereichen in hamburg noch relevante forschung betrieben werden wird - und dh. wo überhaupt ein aufbaustudium möglich sein wird - und wo nur noch ein total verschultes studium betrieben wird:

fachbereiche lt. uni-gesetz

evangelische theologie
rechtswissenschaft
wirtschaftswissenschaft

medizin

orientalistik
geschichtswissenschaft
kulturgeschichte und kulturkunde
mathematik
physik
biologie
chemie

geowissenschaften

1969 kam nach der sonderforschungsbereich afrikanistik hinzu. hieran wird deutlich, in welchem maße die hamburg universität imperialistischer gleichschaltung unterworfen wird. besonders die theologen dürften darüber erstaunt sein, daß auch ihre wiss. tätigkeit in die neokolonialistische expansionspolitik des kapitals integriert ist. geht man davon aus, daß die phil.-fak. neben die staatliche finanzierung über die sonderforschungsbereiche keine finanzielle unterstützung erhält - industrielle zweckforschung, die an der universität nach wie vor betrieben wird, kommt hier kaum in frage - dann kommt man zu dem schluß, daß neben den oben angegebenen schwerpunkten - die für die meisten studenten verhältnismäßig irrelevant sein werden - dort bald keine forschung mehr betrieben wird. die ehrwürdigen herren ordinarien werden zu ausbildern degradiert und dem korruptierten mittelbau gleichgestellt. die phil.-fak. wird zu einer ausbildungsstätte für lehrer, die niemals in hamburg die möglichkeit haben werden, wissenschaft selbstständig zu betreiben. deswegen beeilte sich die fakultät auch, zu beginn dieses semesters, die sofortige schließung des turms anzukündigen für den falleiner institutsbesetzung. die gleiche situation wie an der phil.-fak. ist am p.i. die hamburg universität wird zu einer der trägeruniversitäten für das schwerpunktprogramm meeresforschung, das seit anfang dieses jahres besteht. zu diesem komplex sei auf die thesen zur aktuellen situation an der hamburg universität verwiesen (diese ausgabe).

sonderforschungsbereiche laut wr 57

missionswissenschaft und ökumenenkunde
weltwirtschaft und internationale wirtschaftsbeziehungen
psychosomatische medizin, klinische psychologie, psychotherapie
tropenmedizin
endokrinologie/ angiokardiologie
orientalistik mit besonderer berücksichtigung der geschichte
iberoamerikanistik und altamerikanistik
kernphysik und hochenergiephysik, dezy

meeresforschung

universität und fachhochschulen

wie aus den wr-empfehlungen hervorgeht, waren pläne, die altertümliche alma mater zu zerschlagen, bereits 1966/67, vielleicht sogar bereits 1960, zumindest in ansätzen vorhanden. die endgültigen entscheidungen dürften jedoch zu beginn dieses jahres, frühestens gegen ende des vergangenen, gefallen sein. wieweit darauf die studentenrevolte einen einfluß hatte, läßt sich nur schwer abschätzen. günther zehm schrieb jedenfalls in einem leit-

artikel un der welt:

angesichts der "versuche radikaler studenten, die universität zu lateinamerikanisieren" und "angesichts der unheimlichen gelassenheit der regierung käme der verdacht ... trotz aller gegenseitiger versicherungen. ... daß sich unsere gesellschaft darauf einrichtet, künftig ohne die universitäten auszukommen. keineswegs nämlich wäre eine dynamische, in ihrer industriellen struktur so mutationsfähige gesellschaft wie die bundesrepublikanische auf die alten universitäten angewiesen. managementschulen, partei- und konzern-igene "kadenschmieden" verschiedenster observanz könnten den bedarf ebenso gut oder gar besser decken. die grundlagenforschung der zukunftssträchtigen wissenschaften ist sowie so schon lange dabei, von der universität zur "big science" abzuwandern." 58

das letzte ist allerdings nicht ganz korrekt. wenn auch die relevante grundlageforschung seit langem staatlicher kontrolle total unterworfen ist, so bleibt sie zum teil doch formal und organisatorisch in der universität. das beste beispiel dafür ist das institut für maritime meteorologie. dies institut gehört zwar zur frauenhofer-gesellschaft, ist aber nominell ein teil der universität hamburg. dieser halblegale zustand dieses instituts wird nachträglich vom hsg legalisiert. paragraph 51: "bestimmt die zuständige bekrde kanneiner wiss. einrichtung außerhalb der universität. ... die befugnis verleihen, die bezeichnung einer wiss. einrichtung an der universität zu führen." 59 auf diese weise gelingt es der bundeswehr fast unmerklich, die universität zu unterwandern.

ansonsten liegt günther zehm mit seinem verdacht durchaus nicht falsch. der wr hat längst die trennung von forschung und lehre in der universität beschlossen, wenn er dies auch momentan nur in internen dokumenten zugibt. für den wr ist längst klar, daß das grundstudium an der uni und das fachhochschulstudium einander total angeglichen werden müssen. so schreibt etwa leusink, der vorsitzende des wr, an die mitglieder des beratenden ausschusses für forschungspolitik im märz 1969:

"es ist eine politische entscheidung, wieviel prozent des jeweiligen jahrgangs ein sog. langstudium (das in etwa dem traditionellen universitätsstudium entspricht) und wieviel prozent ein sog. kurzstudium absolvieren sollen. dabei wird das kurzstudium in der weiteren entwicklung sicher zusammenfallen mit dem, was aus der weiter entwickelten heutigen fachhochschule entstehen soll." 60

auf grundlage dieser angleichung wird die bildung eines gesamthochschulsystems vollzogen. die entscheidung über die drei grundsätzlichen möglichkeiten eines solchen gesamthochschulsystems "voll integriert, formal integriert, völlig abgetrennte fachhochschulen" 61 ist dabei noch nicht gefallen.

"aber wie immer diese entscheidung ausfallen wird, es scheint mir ausschlaggebend zu sein, daß die fachhochschule oder die entsprechenden bereiche in einem gesamthochschulsystem definiert sind als lehrstätten ohne forschung, wenn man an diesem prinzip nicht festhält, hat eine unterscheidung auf dauer keinerlei wert. dann kann man auch genau so gut das sich stellende quantitative problem im rahmen der bisherigen hochschulen zu lösen versuchen. dies auszusprechen, deutet gleichzeitig die unmöglichkeit eines solchen zieles an." 62

in hamburg wurde jüngst ein wichtiger schritt zur verwirklichung dieses gesamthochschulsystems und zur vereinheitlichung von fachhochschul- und universitärer ausbildung getätigt. es wurde von der schulbehörde eine kommission gebildet, in der vertreter aller hochschulen, fachhochschulen, ingenieurschulen und höherer fachschulen angehören. die mitglieder dieser kommission wurden von drexelius berufen. diese kommission hat u.a. folgende fachkommissionen gebildet:

fragen der ausbildung von führungskräften

beteiligt ing.-schule für produktionstechnik und verfahrenstechnik

fachbereich wirtschaftswissenschaften an der uni hamburg

fragen der ausbildung in technischen fächern

beteiligt fachbereiche mathematik, physik, chemie an der uni hamburg,

ing.-schule der freien und hansestadt hamburg für bauwesen, seefahrtsschule, ing.-schule für produktionstechnik und verfahrenstechnik, ing.-schule für fahrzeugtechnik, höhere fachschule für hauswirtschaft, fachschule für bekleidung. 63

die entwicklung, die die ausbildung an den fachbereichen an der uni in der nächsten zeit durchmachen wird, läßt sich an der zusammensetzung dieser fachkommissionen in etwa ab-

schätzen. die institutionellen und organisatorischen voraussetzungen zur umfassenden staatlichen reglementierung des bildungswesens, welches völlig im sinne von staat und industrie gleichgeschaltet wird, werden so allmählich geschaffen. von einem - auch nur formalen - recht auf bildung ist kaum noch die rede. die ware wiss. qualifizierte arbeitskraft wird totaler staatsmonopolistischer regulierung unterworfen.

anmerkungen infolge eines partiellen technischen defekts an der schreibmaschine wurde von einer bestimmten stelle an die kleinschreibung benutzt.

1) wider die verstaatlichung der universität, kritik des hamburgers hochschulgesetzes, hrsg. von einem autorenkollektiv des sds hamburg, 1969, s. 3

2) bundesbericht forschung 2, hrsg. vom bundesminister für wissenschaftliche forschung, bonn 1967

3) karl marx, grundrisse der kritik der politischen ökonomie, berlin 1953

4) karl marx, das kapital bd. 1, berlin 1961, s. 441f

5 vgl. marx engels, manifest der kommunistischen partei, berlin 1967, s. 46

6 wissenschaft im klassenkampf, berlin 1968, s. 23

7 vgl. k.k. roth, unwissen als ohnmacht, in unilife-zentralblatt, 22.6.1969, s. 6

8 zitiert nach berthold kånauer, entwicklungstendenzen und funktionsmechanismen der forschung an den westdeutschen ths und an der tu west-berlin, diss. dresden, 1966, s. 151

9 bulletin des presse- und informationsamtes der bundesregierung, bonn, 13.9.1968, s. 990

10 vgl. wehrdienst, 30. mai 1969, sonderdruck nr. 33

11 vgl. b.knauer, entwicklungstendenzen..., a.a.o.

12 wissenschaft im klassenkampf, a.a.o., s. 56

13 w. lefevre, reichum und knappheit, in bergmann, dutschke, lefevre, rabehl, rebellion der studenten, reinbek b. hamburg, 1968, s. 114

14 gesprächskreis wissenschaft und wirtschaft gkww, bericht 1957/1967, essen-bredene, s. 1

15 überfüllung der hochschulen. eine studie über studentenzahlen und fassungsvermögen der deutschen hochschulen. vorgelegt von dr. k. fr. scheidemann, ministerialrat des bundesministeriums des inneren, in deutsche universitäts-zeitung, bonn 1960, jg. 15, h. 1, s. 16

16 empfehlungen des wissenschaftsrates zum ausbau der wiss. einrichtungen, teil 1, tübingen 1960, s. 39

17 a.a.o., s. 524f, vgl. s. prokop, das wechselverhältnis zwischen den bürgerlichen universitätsreformen und den staatsmonopolistischen reorganisationsmaßnahmen im westdeutschen hochschulwesen, diss. berlin 1967, s. 273

18 wissenschaftsrat, empfehlungen teil 1, a.a.o. s. 44

19 ebenda

20 diese subversive tätigkeit der deutschen geheimdienste wird durch agentenprozesse in der ddr und entsprechende zeitungsveröffentlichungen in w.-berlin hinreichend belegt. diese tätigkeit riß auch nach dem mauerbau nicht ab. vgl deutsches dokument der zeit, berlin, jg. 1967

21 vgl. kalter krieg der hörsäle. was tun die udssr, deutschland und die usa für die wissenschaft und forschung? in: offene welt, frankfurt, 1956, nr. 45, s. 419 ff

22 gkww, a.a.o., s. 16

23 dichgans, hans denkschrift in: hochschuldienst, bonn, 8.11.1963, s. 1ff

24 ebenda

25 gkww, a.a.o., s. 17

26 ebenda

27 vgl. stephan leibfried, die angepaßte universität. zur situation der hochschulen in der bundesrepublik und den usa, frankfurt 1968, s. 47f

28 vgl. lefevre, a.a.o.

29 zitiert nach leibfried, a.a.o.

30 l. raiser, die aufgaben des wissenschaftsrats, köln 1963, s. 6f

31 leibfried, a.a.o. s. 56

32 leibfried, a.a.o. s. 58

33 vgl. w. hahn, brauchen wir mehr akademiker? in: wirtschaftsdienst, hamburg, 47. jg 1967, nr. 9, s. 441

34 wissenschaftsrat, empfehlungen zur neuordnung des studiums an den wissenschaftlichen hochschulen, 1966, s. 16